

PRESSE

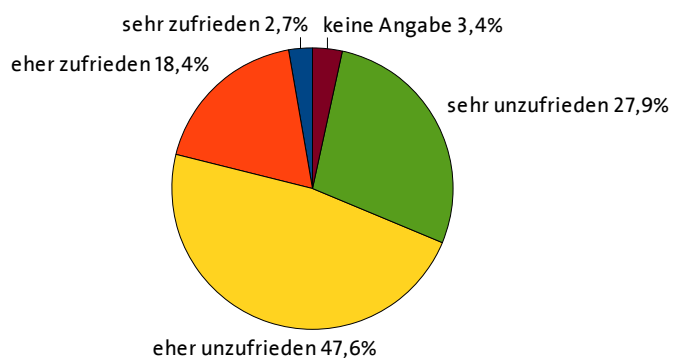
Große Unzufriedenheit der Eltern im Kreis Rottweil mit dem achtjährigen Gymnasium (G8)

Ergebnisse einer landesweiten Umfrage der SPD-Landtagsfraktion zum G8 liegen jetzt vor und bestätigen alle Befürchtungen

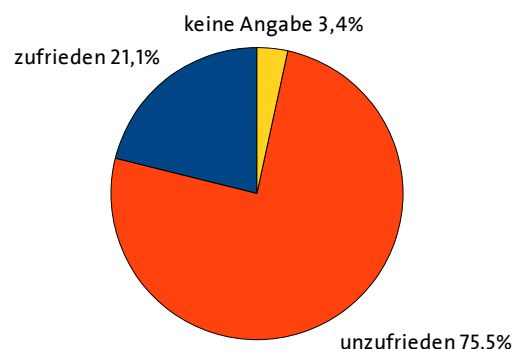
Die Eltern im Landkreis Rottweil stellen dem achtjährigen Gymnasium in Baden-Württemberg ein miserables Zeugnis aus. Das ist das Ergebnis einer von der SPD-Landtagsfraktion durchgeführten Elternbefragung, deren überwältigender Rücklauf von landesweit über 10.000 Fragebögen den riesigen Unmut der Eltern mit der hohen Belastung ihrer Kinder und der gesamten Familie durch das G8 zeigt.

Große Unzufriedenheit bei den Eltern

Im Landkreis Rottweil sind laut der Befragung drei Viertel (75,5%) der Eltern mit dem G8 unzufrieden. Lediglich ein Fünftel (21,1%) zeigt sich zufrieden.



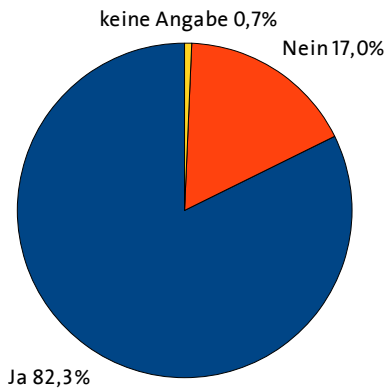
LK RW - Zufriedenheit aufgeschlüsselt



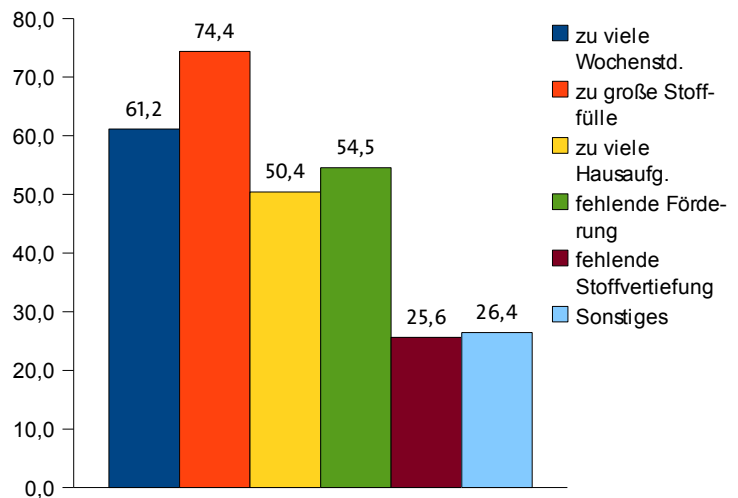
LK RW - Zufriedenheit gesamt

Belastung der Kinder viel zu hoch

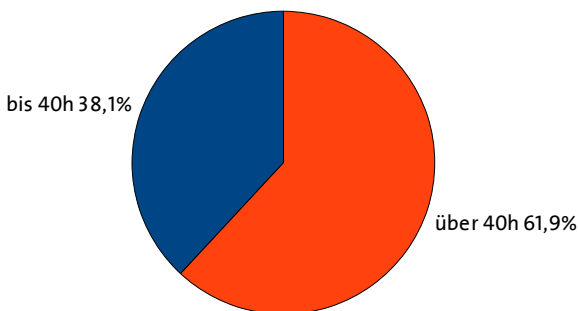
Gut 8 von 10 Eltern kritisieren, dass die Belastung der Kinder durch das G8 zu hoch ist. Über 60% der Kinder kommen nach den Angaben ihrer Eltern auf eine Gesamtstundenbelastung (Unterricht, Hausaufgaben, Stoffwiederholung) von mehr als 40 Stunden pro Woche. Dabei sind die Fahrtzeiten noch nicht einmal berücksichtigt. „Das muss man sich einmal vorstellen,“ so Klaus Eisenhardt, Vorsitzender der SPD in Sulz, „damit kommen mehr als 60% der Gymnasiasten in den Klassenstufen 5-8, die Grundlage unserer Umfrage waren, auf eine höhere Stundenbelastung als die Tarifverträge in den meisten Branchen für erwachsene Mitarbeiter vorsehen. Diese Fakten sind beschämend und unmenschlich. Die Behauptung von Kultusminister Rau, in 85 Prozent der Fälle funktioniere das G8 problemlos, sind angesichts dieser Zahlen zynisch.“



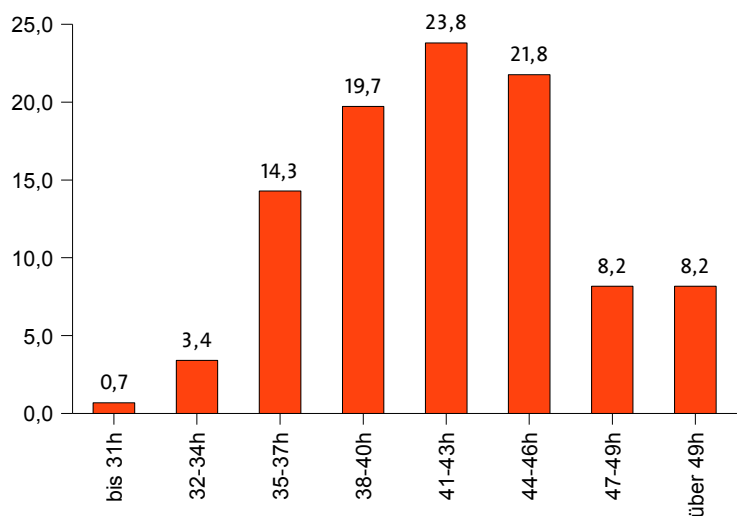
LK RW – Zu hohe Belastung durch G8?



LK RW - Belastungsgründe (in %, Mehrfachnennung mögl.)



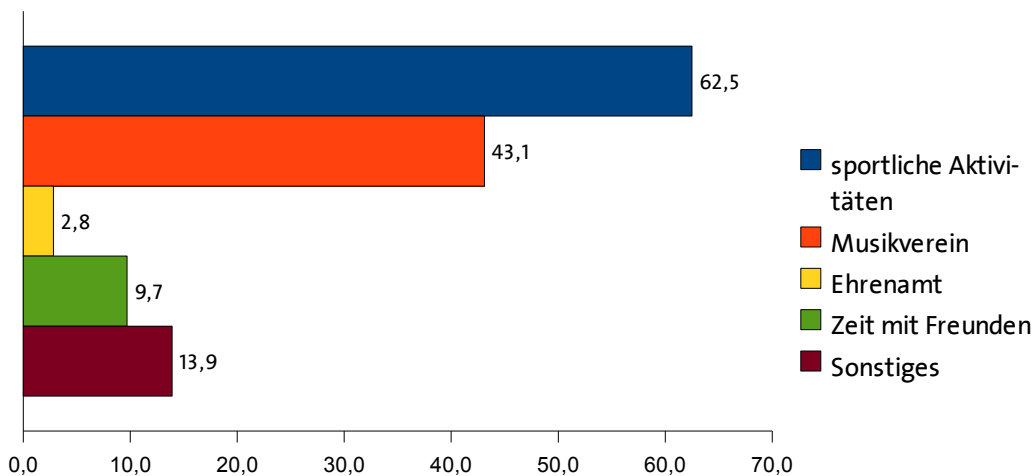
LK RW - Gesamtbelastung an Wochenstunden im G8



LK RW - Gesamtbelastung im G8 detailliert (in%)

Viele Kinder sind gezwungen, außerschulische Aktivitäten aufzugeben

Als Konsequenz aus dieser Überlastung geben viele Kinder notgedrungen außerschulische Aktivitäten auf. „Die Hälfte aller G8-Kinder im Kreis Rottweil (49%) sind davon betroffen“, so Diplom-Pädagoge Eisenhardt. „Damit gehen ihnen wichtige Sozialisationsinstanzen, wie z.B. das außerschulische Leben in der Gleichaltrigengruppe verloren. G8 gefährdet eine der größten Errungenschaften moderner Gesellschaften, das sog. »Moratorium der Jugend«, das heranwachsenden Menschen einen Schutzraum gewährt, innerhalb dessen sie sich relativ ungestört und frei von Ansprüchen auf ihr erwachsenes Leben in der Gesellschaft vorbereiten können. Dieser Punkt wird uns gegenüber im persönlichen Gespräch von Eltern häufig als Grund dafür genannt, dass sie ihr Kind nicht für das G8 anmelden.“



LK RW - Aufgegebene Aktivitäten (in%, Mehrfachnennungen möglich)

Eltern sprechen sich für das neunjährige Gymnasium aus

Ein weiteres Ergebnis zeigt den Unmut der Eltern überdeutlich: Mehr als drei Viertel (75,5%) der Eltern würden sich – wenn es am Gymnasium ihres Kindes einen G8-Zug und einen G9-Zug gäbe – für den G9-Zug entscheiden. „Wenn auch vier Jahre nach der verbindlichen G8-Einführung drei Viertel der Eltern ihr Kind lieber in einen G9-Zug schicken würden, dann ist das eine Bankrotterklärung für die Schulpolitik der Landesregierung“, so der SPD-Politiker Eisenhardt.

Die SPD fordert Konsequenzen für das Gymnasium und für die gesamte Bildungspolitik in Baden-Württemberg

Als Konsequenz aus der Elternbefragung fordert die SPD, den Wunsch der Eltern auf Wahlfreiheit zu respektieren und künftig Anträge von Schulen, die parallel zur G8-Konzeption einen G9-Zug einführen wollen, zu genehmigen. Die SPD fordert die Landesregierung auf, diese Möglichkeit in das Schulgesetz Baden-Württembergs aufzunehmen.

Neben der Option eines parallelen G9-Zuges muss aber auch das G8 grundlegend reformiert werden. Die SPD fordert im einzelnen,

- x die Stofffülle der Bildungspläne zu reduzieren,
- x den hohen Unterrichtsausfall durch zusätzliche Stellen für Krankheitsstellvertretungen zu bekämpfen,
- x mit der 2. Fremdsprache grundsätzlich erst in der 6. Klasse zu beginnen,
- x die Vergleichsarbeiten nicht zu benoten,
- x die individuelle Förderung der Schülerinnen und Schüler zu verbessern und hierzu die Gymnasien und die anderen Schularten zu echten Ganztagschulen auszubauen.

Diese Forderungen ergänzen die grundsätzliche Position der SPD, die Schulpolitik des Landes endlich den Realitäten anzupassen und damit aufzuhören, Ergebnisse der nationalen und internationalen Bildungsforschung zu ignorieren. Alle Studien zeigen, dass Deutschland als eine der führenden Industrienationen seinen herausragenden Platz in der Gemeinschaft der Staaten nur halten und seinen Wohlstand dauerhaft nur sichern kann, wenn es seine Bildungspolitik darauf ausrichtet.

In Deutschland fehlt es seit Jahren an hochqualifizierten Hochschulabsolventen und Facharbeitern. Ziel der Bildungspolitik in Deutschland muss es deshalb sein, junge Menschen generell höher zu qualifizieren, d.h. im einzelnen

- x die Zahl der Schulabgänger mit Schulabschluss zu erhöhen (weniger Schulabbrecher),
- x die Zahl der Schulabgänger mit Hochschulzugangsberechtigung zu erhöhen, ohne die Qualität zu vernachlässigen,
- x die Zahl der Hochschulabsolventen, insbesondere in Ingenieursstudiengängen, zu erhöhen.

Einige zentrale Schritte auf diesem Weg sind für die SPD

- x die Verlängerung der Grundschulzeit auf sechs Jahre,
- x die Zusammenlegung von Haupt- und Realschule zu einer vierjährigen Gemeinschaftsschule,
- x ein sechsjähriges Gymnasium,
- x eine stärkere Öffnung, Durchlässigkeit und Kooperation zwischen allen Schularten,
- x die Einführung individueller Förderung, um den Bedürfnissen der Schüler gerecht zu werden und die Chancengerechtigkeit zu erhöhen.

Klaus Eisenhardt, 26. November 2008